



Das transatlantische Band wieder stärken – Für eine zukunftsgerichtete und umfassende Partnerschaft

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 26. Januar 2021

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der wichtigste Partner Deutschlands außerhalb Europas. Die außenpolitischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftspolitischen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA sind unersetzlich. Nur gemeinsam als transatlantische Partner USA, Kanada und Europa haben wir die Kraft und die Hebel, die Entwicklung der Welt in unserem Sinne zu gestalten: die Wahrung der Demokratie als freiheitlicher Regierungs- und Gesellschaftsform; die Verteidigung der internationalen werte- und regel-basierten Ordnung; eine nachhaltige, globale Entwicklung im Einklang mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Weltgemeinschaft; die Stärkung des freien, regel-basierten Welthandels sowie die wirksame Bekämpfung des Klimawandels. Ein vitales, vertrauensvolles transatlantisches Bündnis auf Augenhöhe ist auch künftig ein zentraler Garant dafür, dass wir auch in Zukunft in Freiheit, Frieden und Wohlstand leben werden.

Die Welt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verändert. Dies hat auch Auswirkungen auf die Ausgestaltung unserer transatlantischen Partnerschaft. Die USA entwickeln sich demographisch weiter weg von ihren europäischen Wurzeln. Und die große Dynamik der politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Asien fordern die USA als pazifische Macht heraus. Zwar sind auch wir durch die Entwicklung in Ost- und Südostasien gefordert. Doch zuletzt stellten sich für uns die zentralen kurzfristigen Herausforderungen vor allem in unserer unmittelbaren Nachbarschaft - in Osteuropa, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika. Um auch in Zukunft die internationale werte- und regel-basierte Ordnung, das Fundament unseres internationalen Daseins und der Garant unseres Friedens, erhalten und an neue Realitäten in unserem Sinne anpassen zu können, bedarf es einer neuen transatlantischen Arbeitsteilung, in der Deutschland und die EU mehr Verantwortung übernehmen, auch um unsere Partner jenseits des Atlantiks zu entlasten. Die Sicherheit Europas und Nordamerikas bleibt unteilbar. Wir wollen auf Dauer einen zentralen amerikanischen Beitrag zur europäischen Sicherheit

Mit dem Amtsantritt der neuen Administration unter Präsident Biden bietet sich die einmalige Gelegenheit, die transatlantische Partnerschaft weiter zu stärken, neu auszutarieren und mit einer neuen, zukunftsweisenden Agenda zu unterlegen. Als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, die immer den fundamentalen Wert dieser transatlantischen Partnerschaft unterstrichen und auch in schwierigen Zeiten als existenziell verteidigt hat, wollen wir mit einem 10-Punkte-Plan einen entscheidenden Beitrag zur Revitalisierung dieser Partnerschaft leisten:

1. Für eine umfassende Sicherheitspartnerschaft und transatlantische Kooperation

Krisen und Konflikte haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten weltweit zugenommen. Ihre Komplexität hat sich u.a. durch hybride Kriegführung, Cyberangriffe, staatlich unterstützte Desinformationskampagnen, vor allem durch Russland und China, nichtstaatliche Akteure, grenzüberschrei-

tenden Terrorismus, weltweite Migration und die Auswirkungen des Klimawandels deutlich erhöht. Diese Entwicklungen müssen in einer neuen, umfassenden transatlantischen Sicherheitspartnerschaft adäquat abgebildet werden. Dass die USA nicht mehr in dem Maße als Sicherheitsgarant in allen Teilen der Welt agieren werden, wie sie es in der Vergangenheit getan haben, ist parteiübergreifend Grundkonsens in den USA. Darum müssen wir sicherheitspolitisch mehr Handlungsfähigkeit beweisen und damit mehr Verantwortung und auch Risiken übernehmen. Dabei ist es für uns existenziell, auch weiterhin mit den USA zu zentralen sicherheitspolitischen Fragen eng zusammenzuarbeiten - denn ihr Beitrag zur Sicherheit Europas ist unverzichtbar.

- Wir wollen die transatlantische Partnerschaft zu einer umfassenden und globalen Sicherheitspartnerschaft weiterentwickeln, in der Europa und Deutschland noch stärker als eigenständige und handlungsfähige Sicherheitsakteure auftreten. Dies entspricht auch unseren eigenen Interessen.
- Das heißt in erster Linie, dass wir unser Engagement und unsere Ressourcen in Verteidigung, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit weiter erhöhen, um auf nachhaltiger Grundlage operativ handlungsfähiger zu werden.
- Wir wollen, dass Deutschland und Europa noch mehr zur Stabilisierung Osteuropas, Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens und des Balkans beitragen.
- Gemeinsam werden wir weitere Formate zur sicherheitspolitischen Kooperation wie die Zusammenarbeit Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreiches mit den USA (E3+1) stärken. Gerade der Zusammenarbeit mit Frankreich zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU kommt dabei eine besondere Rolle zu.
- Wir werden die nachrichtendienstliche Kooperation mit den USA intensivieren.
- Wir haben ein transatlantisches strategisches Interesse, mit Blick auf die durch den Klimawandel bewirkten politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Chancen und Herausforderungen in der Arktis eng mit den USA und Kanada zusammenzuarbeiten.

2. Die NATO als Rückgrat der euroatlantischen Sicherheit stärken und zukunftsfest machen

Die NATO war Garant dafür, dass wir in Europa in den vergangenen Jahrzehnten in Frieden und Wohlstand leben konnten. Sie ist auch zukünftig für unsere Sicherheit existenziell – insbesondere der Beitrag der USA. Deswegen müssen wir alles unternehmen, um die NATO weiter zu stärken, sie weiterzuentwickeln und auf die Herausforderungen von morgen vorzubereiten.

- Deshalb werden wir unsere Investitionen in Verteidigung konsequent im Sinne unserer Zusagen vom NATO-Gipfel in Wales (darunter das Zweiprozent-Ziel) weiter erhöhen und werden damit auch künftig der

NATO zehn Prozent ihrer Fähigkeiten zu Verfügung stellen. In diesen Bemühungen sehen wir einen wesentlichen Beitrag für eine fairere Lastenteilung im Bündnis, nehmen berechnete Erwartungen unserer Verbündeten auf und werden der wirtschaftlichen Leistungskraft und der Verantwortung Deutschlands in Europa gerecht.

- Wir begrüßen ausdrücklich die Stationierung von US-Soldaten in Deutschland. Wir werben dafür, dass möglichst keine dieser Truppen aus Deutschland abgezogen werden.
- Wir unterstützen die Ergebnisse des Reflexionsprozesses der NATO, die politische Rolle der NATO zu stärken und ihre Entscheidungsstrukturen und -prozesse zu verbessern. Deutschland wird sich maßgeblich in die Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts einbringen, das dem Bündnis hinsichtlich seiner weiterhin gültigen Kernaufgaben einen globalen Fokus und Antworten auf die weltweiten Herausforderungen geben wird.
- Um den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken, werden wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern und in enger Abstimmung mit den USA mehr eigene militärische Fähigkeiten aufbauen und die Kooperation und Koordination der nationalen Streitkräfte, die Verbesserung ihrer Interoperabilität und eine Standardisierung ihrer Ausrüstung energisch und kreativ vorantreiben.
- Wir werden die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) ausbauen, ihre zahlreichen Projekte wie auch die Drittstaatenbeteiligung zügig umsetzen sowie den Europäischen Verteidigungsfonds mit den nötigen Mitteln ausstatten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine sinnvolle transatlantische Rüstungskoopeation ein, auch damit militärische Technik der transatlantischen Partner gegenseitig kompatibel bleibt.
- Solange nukleare Bedrohungen bestehen, braucht Europa weiterhin den nuklearen Schutzschirm der USA unter dem Dach der NATO. Deshalb betrachten wir die Nukleare Teilhabe als wichtigen Bestandteil einer glaubhaften transatlantisch abgestimmten und präventiven Abschreckung und werden sie fortsetzen. Wir treten für die zügige Modernisierung der Trägermittel ein.
- Wir werden unser Engagement in den NATO-Missionen außerhalb des Bündnisgebietes, in den verstärkten Maßnahmen zur Rückversicherung und Abschreckung an der Ostflanke der Allianz und bei den Daueraufgaben des Bündnisses auch zukünftig auf hohem Niveau fortsetzen.

3. Für einen Ausbau der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft und des internationalen Freihandels als Wohlstandsmotor

Die EU und die USA verbinden seit Jahrzehnten enge Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Rund 30 Prozent des Welthandels findet heute zwischen diesen beiden Wirtschaftsräumen statt. Etwa acht Millionen Arbeitsplätze

diesseits und jenseits des Atlantiks sind damit verbunden. Für Deutschland sind die USA der größte Exportmarkt. Zugleich ist Deutschland drittgrößter ausländischer Investor und viertgrößter ausländischer Arbeitgeber in den USA. Die letzten Jahre haben das transatlantische Wirtschaftsverhältnis jedoch getrübt. Insbesondere US-Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte aus der EU, die Androhung von Strafzöllen auf Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile, Mode- und Milcherzeugnisse, die Androhung extraterritorialer US-Sanktionen im Zusammenhang mit Nord Stream 2 sowie auseinanderlaufende Positionen zur Welthandelsorganisation (WTO) belasten die transatlantische Partnerschaft. Der Antritt des neuen US-Präsidenten bietet die Chance für eine Neujustierung der bestehenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA, in denen außen- und industriepolitische sowie geostrategische Interessen eine größere Bedeutung erlangen sollten.

- Wir wollen eine umgehende Deeskalation der bestehenden Handelskonflikte mit den USA. Darum erwarten wir, dass die von den USA verhängten Stahl- und Aluminiumzölle und dann die hieraus resultierenden europäischen Gegenmaßnahmen wieder aufgehoben werden.
- Wir wollen zügig eine Verhandlungslösung im WTO-Rechtsstreit Airbus/Boeing erreichen.
- Wir setzen uns für ein umfassendes, ausgewogenes Handelsabkommen auf Augenhöhe zwischen den USA und der EU ein.
- Wir begrüßen den Abschluss des europäisch-kanadischen Wirtschafts- und Handelsabkommens CETA und arbeiten darauf hin, dieses schnellstmöglich zu ratifizieren.
- Gleichzeitig sind wir als Deutsche und Europäer bereit, gemeinsam mit den USA eine grundlegende Reform der WTO voranzutreiben, um durch Drittstaaten verursachte Wettbewerbsverzerrungen (z.B. durch Staatsunternehmen, Joint Venture-Zwang, Zugangsbeschränkungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe, neuartige Handels- und Investitionshemmnisse, wie etwa unilaterale digitale Umsatzsteuern) zu beseitigen und gleiche Wettbewerbsbedingungen in den internationalen Handelsbeziehungen herzustellen.
- In der WTO wollen wir neue, für die Handelspolitik immer wichtiger werdende Themen (z.B. Digitales, Klimaschutz- und -anpassung) voranbringen und den Streitbeilegungsmechanismus so reformieren, dass er wirksam und regel-basiert bleibt und gleichzeitig die breite Unterstützung der WTO-Mitglieder erfährt.

4. Die regel-basierte Ordnung festigen, Primat der multilateralen Zusammenarbeit bekräftigen

Ohne eine funktionierende, von allen Seiten respektierte werte- und regel-basierte Ordnung ist unser auf Export und internationale Verflechtung angelegtes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nicht konkurrenzfähig. Dieses System verteidigt unsere Freiheit und setzt den Rahmen für das Fortbestehen der

grundlegenden, von uns als transatlantische Partner geteilten Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Nur wenn wir diese werte- und regel-basierte Ordnung verteidigen und aufrechterhalten, werden wir in der Systemkonkurrenz mit autoritären, anti-demokratischen Staaten bestehen können. Letztendlich wird es darum gehen, eine weltweite „Allianz der Demokratien“, die ihre gemeinsamen Werte gegen autokratische Ansprüche verteidigt, anzustreben und die bestehenden multilateralen Institutionen (darunter die VN, NATO, EU, OSZE) in ihrer Tätigkeit noch handlungsfähiger zu machen. Es ist unser gemeinsames, transatlantisches Interesse, diese Ordnung und die sie tragenden Institutionen zu stärken. Hierzu bedarf es einer noch größeren Bereitschaft Deutschlands und der EU, in internationale Institutionen zu investieren, aber auch mehr Verantwortung in ihrem Namen zu übernehmen, beispielsweise bei der Durchsetzung und Sanktionierung von VN-Resolutionen und völkerrechtlichen Grundsätzen. Hierzu muss das Sanktionsinstrumentarium weiter geschärft werden.

- Gemeinsam wollen wir die Vereinten Nationen und ihre Entscheidungsmechanismen reformieren, damit sie adäquate Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geben können.
- Wir werben für eine Rückkehr der USA in die Weltgesundheitsorganisation, den UN-Menschenrechtsrat und die UNESCO.
- Wir sprechen uns für eine aktive und reformorientierte Politik der USA in der Welthandelsorganisation und die Besetzung wichtiger Richterposten in der WTO aus.
- Wir bestärken die USA zur Rückkehr in wichtige Rüstungskontrollvereinbarungen wie den Open Skies-Vertrag und den JCPOA sowie ein Festhalten am New Start-Vertrag und setzen uns für umfassende Rüstungskontrollabkommen ein, die auch andere (Atom-) Mächte einbinden und Antworten auf die Herausforderungen durch das Ende des INF-Vertrages sowie neue technologische Entwicklungen finden.
- Wir werden gemeinsam mit den USA dafür arbeiten, dem Iran den Weg zu einer nuklearen Bewaffnung zu verwehren und dass der IRN zugleich auch sein ballistisches Programm sowie seine expansive und aggressive Regionalpolitik beendet und das Existenzrecht Israels anerkennt.
- Es ist unser Anliegen, die OSZE als wichtiges Forum für Vertrauensbildung im euroatlantischen Raum und die Verteidigung von Menschenrechten gemeinsam zu stärken und die Rolle der OECD zur Stärkung der Zusammenarbeit, des Wohlstands und der Bildung weiter auszubauen.

5. Digitalisierung als gemeinsame Chance nutzen, einheitliche Regeln setzen

Die USA, Europa und Deutschland verbindet das gemeinsame Ziel eines freien Internets. Damit bilden wir ein Gegenpol zu den Bestrebungen von China, Russland und anderen, die digitale geopolitische Einflussphären durch die Fragmentierung des World Wide Web schaffen wollen.

Gerade der freie Austausch von Daten garantiert den Erfolg transatlantischen Handels und ist Treiber digitaler Innovationen. Als zwei weltweit bedeutende Wirtschaftsräume sind Europa und die USA zugleich jene Ökosysteme, zwischen denen der Großteil des weltweiten Datenaustauschs stattfindet. Mit den derzeitigen Überlegungen zur Stärkung der Datensouveränität zeigen wir, dass offene Datenräume und individuelle Selbstbestimmung über Daten kein Widerspruch sind.

Die Innovationsökosysteme der USA, der EU und Deutschlands leben und profitieren von gegenseitigem Wettbewerb und Austausch hinsichtlich technologischer Entwicklungen. Dieser Austausch bezieht auch den Austausch und die Nutzung von Daten ein, die unumstritten Grundlage für den Erfolg in der Digitalisierung sind.

- Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hat die Europäische Union – trotz einiger noch zu behebender Startschwierigkeiten - einen hohen Standard gesetzt, der auch über den Atlantik ausstrahlt und dort Nachahmung findet. Wichtig ist, dass personenbezogene Daten mit einem hohen Schutzstandard auch über den Atlantik fließen können.
- Wir setzen uns für den zügigen Abschluss eines Nachfolgeabkommens zum EU-US Privacy Shield ein, das für Unternehmen, insbesondere Startups und Mittelständler, Rechtssicherheit für den transatlantischen Austausch personenbezogener Daten schafft. Neben der Datensouveränität des Einzelnen ist auch in Bezug auf Staaten und Volkswirtschaften das Prinzip der Digitalen Souveränität zu stärken.
- Deutschland und die USA sollen sich beim Thema Künstliche Intelligenz (KI) innerhalb der G20 eng abstimmen. Aufbauend auf dem 2019 in Osaka begonnenen Prozess setzen unsere beiden Länder sich gemeinsam dafür ein, dass im G20-Rahmen bei der Entwicklung und Anwendung von KI die Prinzipien der Achtung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Werten weiter gestärkt werden.
- Wir setzen uns für Open Source sowie offene Schnittstellen und gemeinsame Standards als Grundlage für Innovationen ein. Durch Interoperabilität von digitalen Produkten und Diensten soll der Wettbewerb gestärkt und Innovation gefördert werden. Gegenseitige Industrieansiedlungen innovativer Unternehmen oder Beteiligungen können hierzu substantielle Beiträge liefern.
- Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wollen wir das strategische Momentum nutzen und uns als der zentrale Ansprechpartner für die USA in der EU positionieren.
- Auch setzen wir uns für den zügigen Abschluss der OECD-Arbeiten zur Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft ein. Mit diesem Meilenstein werden aggressive Steuergestaltungen digitalisierter Unternehmen schwieriger und auch aus steuerlicher Sicht werden gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen, insbesondere Startups und Mittelständler, geschaffen.

- Wir werden den negativen Folgen der Plattformökonomie auch weiter in konstruktiver Weise begegnen. Mit der geplanten Reform des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes und der Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen haben wir erste nationale Schritte gemacht. Auf europäischer Ebene haben wir im Dezember mit dem Digital Services Act (DSA), dem Digital Markets Act (DMA) und der Reform der Amtshilferichtlinie (DAC7) richtungsweisende Antworten zur Plattformökonomie gegeben, die zu gemeinsamen, transatlantischen Antworten und Standards weiterentwickelt werden sollten.

6. Für einen innovativen transatlantischen Bildungs- und Forschungsraum

Die erfolgreiche Zusammenarbeit in Bildung und Forschung zwischen Deutschland, Europa und den USA und Kanada hat eine lange Tradition und stellt eine tragende Säule der transatlantischen Beziehungen dar. Die USA tätigen weltweit die höchsten Investitionen in Forschung und Entwicklung und sind für Deutschland und die EU einer der wichtigsten Partner in der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit. Mit dem Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden bietet sich die Chance, die Kooperation in Bildung und Forschung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger auf Basis gemeinsamer Werte und für eine weltweit nachhaltige Entwicklung zu intensivieren und auszubauen. Globale Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam und mit innovativen Lösungen bewältigen, was sich nicht zuletzt auch in der Coronapandemie gezeigt hat.

- Auf Basis unserer Hightech-Strategie wollen wir insbesondere im Bereich der forschungsintensiven Schlüsseltechnologien sowie im Bereich der globalen Herausforderungen, wie etwa im Bereich der Nachhaltigkeits- und Gesundheitsforschung, auf bestehende Deutsch-amerikanische Forschungsk Kooperationen aufbauen und sie weiterentwickeln.
- Wir wollen die Chancen, die Innovationen im Bereich der digitalen Technologien bieten, auf Basis gemeinsamer Werte sicher vorantreiben.
- Wir wollen uns gemeinsam für die Freiheit von Wissenschaft und Lehre auf Grundlage der Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit einsetzen und so die Dynamik der internationalen und transatlantischen Kooperation erhöhen.
- Wir setzen uns für eine Stärkung des akademischen und wissenschaftlichen Austausches zwischen Deutschland, Europa und den USA ein. Es ist von strategischer Bedeutung sowohl für den Forschungsstandort Deutschland als auch für den Forschungsstandort USA, wenn die forschungstärksten Hochschulen kooperieren.
- Wir wollen ebenso die Berufsbildungskoooperation mit den USA ausbauen, denn sie stellt eine qualitativ hochwertige und praxisorientierte Ausbildung bereit. Sie trifft insbesondere die Bedarfslage von in den USA tätigen deutschen sowie amerikanischen Unternehmen nach gut ausgebildeten Facharbeitern.

7. Für eine gemeinsame und entschlossene Chinapolitik im Wettbewerb der Systeme

Wir sind uns mit den USA einig, dass sich China immer mehr zu einem systemischen Rivalen entwickelt. China will die werte- und regelbasierte internationale Ordnung in eine sinozentrische Weltordnung verändern und tritt auch militärisch zunehmend als Herausforderer auf. Chinas neues Verständnis stellt eine strategische Herausforderung für die USA, die Europäische Union und Deutschland dar, die wohlüberlegter und auch koordinierter Antworten bedarf. Unsere gemeinsame China-Politik muss deshalb von dem Leitgedanken bestimmt sein, die bestehende werte- und regel-basierte internationale Ordnung gegen diese strategische Herausforderung zu verteidigen und möglichst zu stärken. Wir wollen die Zusammenarbeit mit China, wo immer gemeinsame Interessen vorliegen und die transatlantische Partnerschaft nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Dabei muss klar sein, dass die transatlantischen Partner sich durch Kooperation mit China nicht auseinanderdividieren lassen.

- Wir sprechen uns für eine strategisch ausgerichtete transatlantische China-Politik aus.
- Dabei lassen wir uns von dem Gedanken leiten, die Kooperation mit China dort zu suchen, wo dies möglich und sinnvoll ist und eine echte chinesische Bereitschaft besteht. Zugleich brauchen wir eine Politik der Festigkeit und Geschlossenheit in Bereichen, in denen uns China in besonderer Weise herausfordert.
- Es muss prinzipiell gelten, dass sich die jeweilige China-Politik und die Wahl ihrer Mittel nicht nachteilig oder belastend für die Partner auswirken darf.
- Mit Blick auf die wirtschaftlichen Herausforderungen sollten die transatlantischen Partner China endlich dazu bringen, den vereinbarten internationalen Regeln und Standards nachzukommen. Dazu gehört insbesondere ein diskriminierungsfreier Zugang zum chinesischen Markt.
- Zugleich sollten wir unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken sowie mit bestehenden und neuen WTO-konformen handelspolitischen Schutzinstrumenten staatswirtschaftlich induzierten Marktverzerrungen, erzwungenem Technologietransfer sowie unfairen oder gar illegalen Methoden entgegenzutreten.
- Gleiche Wettbewerbsbedingungen dürfen keine Floskel sein, sondern müssen gelebte Realität werden, auch hinsichtlich der Eindämmung steuerlicher, wettbewerbsverzerrender Maßnahmen.
- Wir müssen unsere marktwirtschaftlichen Ordnungen widerstandsfähiger machen, ohne dabei die Grundprinzipien einer liberalen Wirtschaftsordnung aufzugeben.
- Das transatlantische Engagement bedarf auch einer verstärkten Zusammenarbeit mit unseren internationalen Wertepartnern. Gemeinsam müssen wir eine starke und entschlossene Gemeinschaft derjenigen Staaten

schaffen, die aktiv für den Erhalt und die Stärkung der regel-basierten internationalen Ordnung, für offene Märkte und fairen und nachhaltigen Handel, für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie für offene See- wege und friedliche Konfliktbeilegung eintreten.

- Wir haben auch im indo-pazifischen Raum umfangreiche Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen und werden im Sinne der jüngst durch die Bundesregierung verabschiedeten Leitlinien zum Indo-Pazifik durch ein verstärktes Engagement und konkrete Kooperationsprojekte mit Partnern in der Region untermauern.
- Wir müssen als transatlantische Partner der Förderung autoritärer Systeme oder einseitiger ökonomischer Abhängigkeiten durch China mit attraktiven politischen und wirtschaftlichen alternativen Konzepten entgegenwirken.
- Wir müssen zudem Sorge dafür tragen, dass China nicht mit Hilfe staatlicher oder teilstaatlicher Unternehmen solche Technologien in anderen Staaten direkt oder indirekt zum Einsatz bringt, die als politisches Druckmittel oder zur Stützung autoritärer Strukturen verwendet werden können.

8. Russischen Aggressionen entschieden begegnen, transatlantische Anreize für Rückkehr zu kooperativem Verhalten schaffen

Auch im Verhältnis zu Russland brauchen wir eine strategisch ausgerichtete, gemeinsame transatlantische Politik. Russland ist für Europa und die USA ein systemischer Herausforderer. Es stellt eine wachsende militärische Bedrohung vor allem für Europa dar. Um eigene Interessen durchzusetzen, greift Russland mittlerweile auch zu Mitteln, die vor wenigen Jahren noch undenkbar waren (z.B. Völkerrechtsbruch, militärische Aggression, Bedrohung von NATO-Partnern, Cyberangriffe, Anschläge auf Regime-Gegner auch mit verbotenen Kampfstoffen, zunehmender Missbrauch des Vetos im VN-Sicherheitsrat).

Wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam als transatlantische Gemeinschaft die Kraft und das Potenzial haben, unsere Ziele und Interessen gegenüber Russland selbstbewusst behaupten zu können. Allerdings brauchen wir mehr politische Geschlossenheit, Entschiedenheit und Wirksamkeit in der Verfolgung unserer Interessen und die Fähigkeit zur glaubhaften Abschreckung und Resilienz gegenüber Russland.

- Wir wollen gemeinsam mit den USA im Verhältnis zu Russland Dialog und Zusammenarbeit suchen, wo Russland zu ernsthafter Kooperation bereit ist und dies möglich erscheint, z.B. bei wirtschaftlichen Fragen, WTO-Regeln und -Standards oder beim Klimaschutz.
- Wir wollen mit den USA die gemeinsam aufgebaute europäische Friedensordnung wiederherstellen. Dazu gehören auch verstärkte Bemühun-

gen um ein Ende des Konflikts in der Ostukraine entsprechend den Minsker Vereinbarungen, wir treten weiter für eine Rückkehr zum legitimen völkerrechtlichen Status der Krim ein. Solange Russland dazu nicht bereit ist, müssen die Sanktionen bestehen bleiben.

- Wir wollen gemeinsam mehr zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Ausstrahlung der Ukraine als ein erfolgreicher Transformationsstaat beitragen.
- Nur gemeinsam mit den USA kann es gelingen, Russland zu Fortschritten in sicherheitspolitischen Fragen zu bewegen (z.B. durch vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle und Abrüstung).
- Russland sollten wir aufzeigen, dass mit mehr Offenheit und Rechtsstaatlichkeit ein verstärkter wirtschaftlicher Austausch möglich ist. Dazu sprechen wir uns auch für ein koordiniertes Vorgehen zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit und der Menschenrechte aus.
- Wir streben eine engere energiepolitische Zusammenarbeit mit den USA an, mit der auch der Streit um Nord Stream 2 überwunden werden kann.

9. Für eine umfassende und innovationsfreundliche Umweltpolitik zur Bewältigung des Klimawandels

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag begrüßt die hohe Bedeutung, die der neue US-amerikanische Präsident der Bekämpfung des Klimawandels einräumt, und seinen ambitionierten Plan, die USA, auch durch umfangreiche Investitionen in eine klimafreundliche Wirtschaft nachhaltiger aufzustellen. Wir wollen gemeinsam die Bekämpfung des Klimawandels in der Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik verankern. Insbesondere das Ziel, bis 2050 Treibhausgasneutralität zu erreichen, deckt sich mit unseren nationalen und europäischen Anstrengungen für die Begrenzung des Klimawandels.

- Wir ermutigen die US-Administration und den Kongress, möglichst zeitnah den angekündigten Wiedereinstieg der Vereinigten Staaten in das UN-Klimaübereinkommen von Paris zu vollziehen.
- Gemeinsam wollen wir der internationalen Klimadiplomatie den dringend benötigten Schwung verleihen, um einerseits möglichst viele Staaten zu ambitionierten nationalen Klimazielen zu motivieren, andererseits um die letzten noch offenen Punkte des Klimaübereinkommens, wie z.B. die sog. Marktmechanismen, also die Anrechenbarkeit von Klimamaßnahmen und Emissionsminderungen in Drittstaaten unter Vermeidung von Doppelanrechnungen, auf der nächsten UN-Klimakonferenz finalisieren zu können.
- Wir setzen weiterhin auf eine enge Technologiepartnerschaft mit den Vereinigten Staaten, um durch Innovationen Treibhausgasemissionen zu reduzieren und damit insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, mit klimafreundlichen Technologien ihren Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung des UN-Klimaübereinkommens zu leisten.

10. Die einzigartige Wertepartnerschaft festigen, den zivilgesellschaftlichen Austausch ausweiten

Die Partnerschaft zwischen den Staaten Europas und Nordamerikas ist geprägt von einem einzigartigen Wertebündnis. Wir teilen die gleichen Ideale wie Freiheit, Frieden, Demokratie, die Achtung der Menschenrechte und Wohlstand für alle Menschen. Die Freundschaft zwischen Deutschland und den USA reicht historisch bis in die Gründungsphase der USA zurück und ist kulturell durch die Millionen deutschen Einwanderer fest verwurzelt. Die USA haben seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und während der Wiedervereinigung fest an der Seite der deutschen Demokratie gestanden. Doch die weltpolitischen, weltwirtschaftlichen Verschiebungen wie auch die jeweiligen gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte haben die Einzigartigkeit unserer transatlantischen Freundschaft etwas aus dem Blickfeld geraten lassen - ihre Wertebasis blieb jedoch bestehen. Es liegt an uns, diese Partnerschaft und Freundschaft gerade in dieser Phase des globalen Umbruchs weiter zu stärken und zu revitalisieren, um dem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modell des „Westens“ auch in Zukunft zu Strahl- und Gestaltungskraft zu verhelfen.

- Wir wollen die Austausch-Programme in der gesamten Bandbreite unserer Gesellschaften – den Schüler- und den Wissenschaftsaustausch, den parlamentarischen Austausch aber auch den Wirtschafts- und Fachkräfteaustausch – ausbauen und vertiefen. Dieser vielfältige Austausch ist das beste Mittel gegen einen verzerrenden und schädlichen Antiamerikanismus.
- Wir setzen uns für ein Deutsch-Amerikanisches Jugendwerk ein, das viele Programme bündelt.
- Wir treten dafür ein, den regen parlamentarischen Austausch durch die Gründung einer Transatlantischen Strategischen Dialoggruppe zwischen ausgewählten Abgeordneten beider Seiten weiter auszubauen und zu verstetigen. Dabei wollen wir auch kanadische Kollegen einbeziehen.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin